

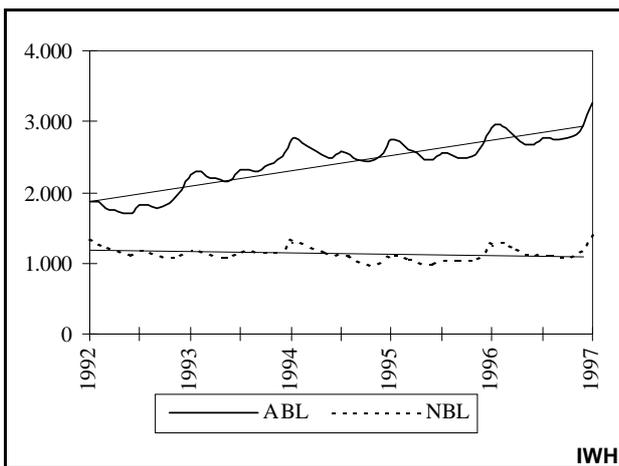
Arbeitsmarkt Ostdeutschland 1997: Beschäftigungsabbau setzt sich fort

Entspannung am Arbeitsmarkt nicht in Sicht

Die dramatische Verschlechterung der Arbeitsmarktlage, die in den jüngsten Arbeitsmarktdaten zum Ausdruck kommt, kann mit saisonalen Effekten allein nicht hinreichend erklärt werden. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich dahinter auch strukturelle Verschiebungen verbergen, die somit längerfristig spürbar bleiben.

Bedenklich ist die Entwicklung vor allem in Westdeutschland, weil hier der Trend zum Anstieg der Arbeitslosigkeit ungebrochen ist. In Ostdeutschland verharrt die registrierte Arbeitslosigkeit dagegen mehr oder weniger auf dem gleichen – wenn auch hohen – Niveau.

Abbildung 1:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen in West- und in Ostdeutschland
- in 1.000 Personen -



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Hinzu kommt, daß der Anstieg in Westdeutschland in erster Linie mit einem Abbau von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt einhergeht, während dies für Ostdeutschland nur zum kleineren Teil gilt. Zum größeren Teil spielt in Ostdeutschland statt dessen die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eine Rolle. Dies resultiert vor allem aus dem Auslaufen der Vorruhestandsregelungen. Dennoch fiel hier der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat um etwa 15.000 Personen geringer aus als es allein der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen entsprochen hätte. Bei gleichem Niveau der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie im entsprechenden Vorjahresmonat hätte die registrierte

Arbeitslosigkeit im Januar sogar noch abgenommen.

Schwaches Produktionswachstum sorgt für Rückgang der Beschäftigung

Auf dem ersten Arbeitsmarkt hat das nachlassende Produktionswachstums 1996 in Ostdeutschland zu einem Rückgang der Beschäftigung um über 60.000 Erwerbstätige geführt, da die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurückfiel.¹ Eine wichtige Ursache für das gedämpfte Wachstum dürfte in der anhaltend hohen Lohnkostenbelastung der Unternehmen zu suchen sein. In Ostdeutschland übersteigen die Lohnstückkosten den westdeutschen Vergleichswert nach wie vor um über 30 vH (vgl. Tabelle 1). Die Lohnentwicklung bleibt zwar hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, aber der Abstand ist zu gering, um die nicht zuletzt von den Lohnkosten bestimmten Wettbewerbsnachteile gegenüber Westdeutschland abbauen zu können.

Das schwache Produktionswachstum läßt auch 1997 eine – wenn auch verlangsamte – Fortsetzung des Rückgangs der Arbeitsnachfrage erwarten. Die Stundenarbeitsproduktivität dürfte lediglich knapp 55 vH des westdeutschen Vergleichswertes erreichen. Dies signalisiert eine Verfestigung der vorhandenen Wettbewerbsnachteile.

Weiterer Rückgang der Erwerbsneigung

Der seit Anfang der 90er Jahre zu beobachtende Rückgang der Erwerbsneigung der ostdeutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzt sich fort. Pro Jahr fällt der Anteil des Erwerbspersonenpotentials seither um etwa zwei Prozentpunkte.² 1997 dürfte dieser Anteil unter 76 vH sinken (vgl. Tabelle 2). Er wird allerdings auch dann noch erheblich über dem westdeutschen Vergleichswert liegen. Der seit 1996 zu verzeichnende Rückgang der Arbeitsnachfrage wird von dem noch stärkeren

¹ Vgl. SCHNEIDER, H.: Arbeitsmarkt Ostdeutschland 96/97: Keine weitere Beschäftigungsexpansion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 12/1996, S. 11-14.

² Zum Erwerbspersonenpotential gehören die Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt, die Unterbeschäftigten und Bezieher von Erziehungsgeld, die zuvor erwerbstätig waren. Abweichend von der sonst üblichen Definition wird hier die Stille Reserve nicht berücksichtigt, weil dafür keine gesicherte Schätzgrundlage vorliegt. Die Erwerbsbeteiligungsquote, d.h. die Relation des Erwerbspersonenpotentials zu den Erwerbsfähigen, dient als Indikator für die Erwerbsneigung.

Rückgang der Erwerbsneigung überlagert, so daß per saldo auch die Unterbeschäftigung abnimmt.

Tabelle 1:
Entwicklung von Produktion, Produktivität und Beschäftigung
- in vH, Inlandskonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996	1997 ^a	1995	1996	1997 ^a
Arbeitsproduktivität (nominal) ^b	8,3	7,4	6,8	5,5	3,5	4,7
Geleistete Jahresarbeitszeit	-2,0	-1,2	-0,6	-1,1	-0,3	-1,0
Erwerbstätige	1,1	-1,5	-1,1	-0,6	-1,1	-0,2
Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten	6,2	4,2	3,4	3,2	2,4	1,8
Lohnstückkosten (nominal) ^c	-0,3	-2,2	-3,1	-1,2	-1,0	-1,9
<i>Nachrichtlich (Westdeutschland = 100):</i>						
Arbeitsproduktivität (nominal) ^b	51,6	53,5	54,6	-	-	-
Lohnstückkosten (nominal) ^c	135,2	133,5	131,9	-	-	-

^a IWH-Prognose. – ^b Nominales BIP je geleistete Arbeitsstunde. – ^c Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum nominalen BIP.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:
Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland
- Inländerkonzept -

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1995	1996	1997 ¹	1995	1996	1997 ¹
in 1.000 Personen						
Erwerbsfähige ^a	10.663	10.703	10.750	45.113	45.234	45.366
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	6.402	6.339	6.288	28.045	27.730	27.671
<i>Arbeitslose</i>	1.047	1.169	1.260	2.565	2.796	2.975
<i>Arbeitslose nach § 105^b</i>	32	38	35	59	61	60
<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	37	37	32	48	74	60
<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</i>	312	278	260	72	76	90
<i>Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten</i>	243	229	185	259	272	231
<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>				44	40	40
<i>Vorruhestandler^c</i>	377	215	95	148	140	120
Unterbeschäftigung ^d	2.048	1.966	1.867	3.195	3.459	3.576
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender EW	37	38	38	310	300	285
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve ^e	8.450	8.306	8.161	31.502	31.415	31.472
<i>Auspendler</i>	432	432	432	191	191	191
<i>Einpendler</i>	104	104	104	556	565	565
in vH						
Erwerbsbeteiligungsquote ^f	79,2	77,6	75,9	69,8	69,4	69,4
Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ^g	60,0	59,2	58,5	62,2	61,3	61,0
Erwerbstätigenquote insgesamt ^h	62,9	61,8	60,9	62,3	61,5	61,2
Unterbeschäftigungsquote ⁱ	24,2	23,7	22,9	10,1	11,0	11,4
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	52,7	61,4	69,4	82,1	82,6	84,9
Arbeitslosenquote ^k	13,9	15,5	16,6	8,5	9,3	9,9

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Ohne Arbeitslose nach § 105. – ^c Einschließlich Arbeitslosen nach § 105 c. – ^d Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – ^e Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten zu subtrahieren, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – ^f Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^g Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ^h Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – ⁱ Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – ^k Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. – ¹ IWH-Prognose.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Zweiter Arbeitsmarkt auf anhaltend hohem Niveau

Trotz der schrittweisen Rückführung der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden staatliche Beschäftigungsprogramme auch 1997 eine wichtige Rolle für den ostdeutschen Arbeitsmarkt spielen. Etwa 4,2 vH der 6,22 Millionen ostdeutschen Erwerbstätigen dürften 1997 im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes tätig sein. Allerdings dürfte es zunehmend schwieriger werden, entsprechende Aufgabenfelder zu erhalten, da die Tätigkeit der BvS insbesondere im Bereich der Umweltsanierung ihrem Ende entgegen geht. Kommunale Träger, die

für die Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine immer größere Bedeutung erlangt haben, stehen im Konflikt mit dem Ziel der lokalen Wirtschaftsförderung.³ Es bleibt abzuwarten, inwiefern es mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes gelingen wird, diesen Konflikt durch die stärkere Einbindung privater Unternehmen in den Wettbewerb um Beschäftigungsprogramme einzu beziehen.

Hans-Ulrich Brautzsch
(bra@iwh.uni-halle.de)

Beschäftigungswunder Tschechien: Niedrige Löhne und viel öffentliche Verwaltung

Der tschechische Arbeitsmarkt hat unter den Transformationsproblemen bislang erstaunlich wenig gelitten. Verglichen mit der „Vollbeschäftigung“ der früheren Planwirtschaft ist die Erwerbstätigkeit nur moderat zurückgegangen. Darin unterscheidet sich Tschechien positiv von vielen anderen Transformationsländern, nicht zuletzt auch von Ostdeutschland. Zum einen erklärt sich das hohe Beschäftigungsniveau aus dem nach wie vor starken Engagement des Staates als Arbeitgeber. Auch nach Abschluß der zweiten Privatisierungsphase waren Anfang 1995 immerhin noch gut 40 vH aller tschechischen Erwerbstätigen beim Staat angestellt, hauptsächlich in Schulen und in der öffentlichen Verwaltung.

Beschäftigungskonservierende arbeitsmarktpolitische Programme spielten dagegen praktisch keine Rolle. Dafür hat sich die Arbeitsnachfrage im privaten Sektor so stark entwickelt, daß Tschechien inzwischen zu einem bevorzugten Ziel von Arbeitsmigranten aus anderen osteuropäischen Ländern avanciert ist.

Einen entscheidenden Anteil an der positiven Arbeitsmarktentwicklung hat die im internationalen Vergleich sehr günstige Lohnkostenentwicklung. Diese wurde sowohl durch binnen- als auch durch außenwirtschaftliche Faktoren ermöglicht. Aus der Binnensicht hat die Voucher-Privatisierung die Bereitschaft zum Reallohnverzicht begünstigt. Bei konstanten bzw. steigenden Nominallöhnen reichten die Staatseinnahmen dazu aus, daß der Staat seine Arbeitgeberrolle in starkem Maße aufrechterhalten konnte. Darüber hinaus konnte sich die tschechische Wirtschaft durch eine konsequente

Währungsabwertung zu Beginn des Transformationsprozesses eine gute Startposition verschaffen.

Zur Lage und Entwicklung des tschechischen Arbeitsmarktes

Wie in allen Transformationsländern folgte dem Zusammenbruch des planwirtschaftlichen Systems auch in Tschechien zunächst ein unmittelbarer Beschäftigungseinbruch. Auffallend ist jedoch sein moderater Verlauf und die relativ rasche Stabilisierung der Erwerbstätigkeit auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Ihren Tiefpunkt erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 1993. Das Minus von mehr als einer halben Mio. Arbeitsplätzen gegenüber dem Vergleichsjahr 1989 entspricht einem prozentualen Rückgang um gut 10 vH. Zum Vergleich: In Ostdeutschland betrug der entsprechende Rückgang mehr als 30 vH (vgl. Tabelle 1).

Auch hinsichtlich der Erwerbstätigenquote schneidet Tschechien vorbildlich ab. Diesbezüglich ist eine beachtliche Lücke zwischen den beiden Vergleichsregionen zu konstatieren. Bezieht man die Zahl der Erwerbstätigen auf die erwerbsfähige Bevölkerung, die hier einheitlich als Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren definiert ist, dann stand beispielsweise 1995 einer Erwerbstätigenquote von knapp 74 vH in Tschechien eine Erwerbstätigenquote von 63 vH in Ostdeutschland gegenüber. Die hohe Erwerbstätigen-

³ Vgl. SCHULTZ, B.: Zur Bedeutung ostdeutscher Beschäftigungsgesellschaften im kommunalen Bereich: Bewertung und Alternativen, in: Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, H. 5, 1996, S. 28-33.